

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: für Juli 2 R. 20. M. auswärts...  
Verlag: Die evangelische Buchhandlung...  
Redaktion: Die evangelische Buchhandlung...

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung...  
Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsisch-Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Beinhaltet die Sächsischen Volkszeitung und...  
• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

## „Soziale Einsicht“

Eine Antwort an Herrn v. Borjig.

Von Staatsminister a. D. M. Stegerwald.

„Wirtschaftliche Einsicht“ überschreibt im „Arbeiter“, dem Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Vorsitzender Geh. Kommerzienrat Dr. Ernst v. Borjig einen Leitartikel, den er als „ein offenes Wort an die deutschen Gewerkschaften“ bezeichnet. Darin werden gegen die Gewerkschaften schwere Vorwürfe erhoben. Eine positive Stellungnahme des Verfassers zu den entscheidenden Streitfragen der gegenwärtigen Beziehungen von Kapital und Arbeit ist in der Darstellung nicht enthalten. Vielmehr veranlaßt ihn das Folgende, sie nachzuholen.

Zu beanstanden ist ferner die Art, in welcher Herr von Borjig seine Anschuldigungen unterschiedslos gegen die Gewerkschaften richtet, sie sogar an einer Stelle samt und sonders mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verbindung bringt, ohne auch nur für die geringste seiner Anklagen Belege aus der christlich-nationalen Richtung der deutschen Arbeiterbewegung beizubringen. Mit zwei Millionen Köpfen im Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert, und in den bürgerlichen Fraktionen der deutschen Parlamente, darunter mit drei Tausend Abgeordneten im Reichstoge vertreten, und nach einem kämpferischen Aufstieg langer Jahre auch kein Gebilde von gestern mehr, muß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung verlangen, daß mindestens die Führer der Wirtschaft sich bemühen, zu dem Eigenleben der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung im Vergleich zu anderen Gewerkschaftsrichtungen vorzubringen. Immer wieder begegnet man bei den öffentlichen Erörterungen der Gleichsetzung von Gewerkschaften und Gewerkschaften, von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, ja von Arbeiterbewegung überhaupt mit Marxismus und Klassenkampf. Das hat die öffentliche Meinung in Arbeiterkreisen weiter versucht und droht nachgerade die Gefahr, daß Stände und Schichten unseres Volkes einander nicht mehr verstehen, unüberwindlich zu machen.

Was Geheimrat von Borjig über die Lage der deutschen Volkswirtschaft und die aus ihr erwachsenden privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten sagt, bevor er zu seinen sozialpolitischen Angriffen schreitet, vermag ich im wesentlichen zu unterschreiben. Das von ihm behauptete Erfordernis der Kapitalneubildung insbesondere kann kaum hoch genug bewertet werden. Dabei freilich zu ergänzen wäre, daß solche Neubildung bei Betrieben und Betriebsinhabern nicht genügt, um „auf deutschem Kapital die für uns notwendige nationale Wirtschaft aufzubauen“, sondern wie ebendort der breitesten Funderierung in dem ganzen Volke und seiner Sparkraft bedarf. Löhne ohne jeden Sparfaktor — heute die überwiegende Regel — wirken in dieser Hinsicht letzten Endes genau so auf die Produktivität der Industrie zurück, wie ihre vielfach für das Lebens nackte Notdurft nicht einmal ausreichende Kaufkraft die erste und wichtigste Grundlage aller Gütererzeugung, nämlich den Inlandmarkt erschüttern muß. 55 v. H. der Reichsbevölkerung machen mit ihren Familien allein die Arbeitnehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft aus, von diesen anderen abgesehen. Auch daß sie wieder Sparrer und einheimischen zahlungsfähige Käufer werden, gehört zu den Voraussetzungen des Wiederaufbaues der nationalen Wirtschaft auf deutschem Kapital; erfüllt diese Voraussetzung sich, — so wird sie zugleich eine andere, die Einstellung auf höchste Arbeitsleistung, mächtig fördern.

Herr von Borjig braucht nur die Fachblätter der christlich-nationalen Gewerkschaften und die Tageszeitung ihrer Bewegung, den „Deutschen“, aus den letzten Jahren durchzublättern, um auf Schritt und Tritt Verständnis, stellenweise vielleicht noch schärfere Betonung seiner eigenen wirtschaftlichen Gedankengänge anzutreffen. Mitunterträge und das ganze feindliche Ausdrucksvermögen, die schweren feuerlichen Belastungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Vertenerung jeder Erzeugung durch rohstoffteure Umwälzungen vom Rohstoff bis zum vollkommensten Fabrikat, eine zu kostspielige Verwaltung in Staat und Gemeinden, dazu eine Beamtenbesoldungspolitik von manchmal inflationgefährdender Art, drückende Frachten und Kreditnot, nicht zuletzt die gewaltige Zunahme seiner Schmarober des Geld- und des Warenmarktes, die nach Oswald Spengler der produktiven Wirtschaft das Blut abzupfen, indem sie „die Vermittlung vermitteln“, — das sind so einige, Herrn von Borjigs Beurteilung unseres volkswirtschaftlichen Status ergänzende Punkte der Kritik, die er dort nachlesen kann.

Doch selbst dieser immerhin ungeschwätigen Quellenforschung kann er entraten, wenn er sich an seine mehrjährige Zusammenarbeit mit christlich-nationalen Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsrat, vor allem auf dem Gebiete der den Kern seines Artikels bildenden Sozialpolitik zurückerinnert. Allen freigewerkschaftlich-sozialistischen Anfeindungen zum Trotz, haben sie dort grundtätig mit dem Ausgleiche der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerungen und oft in gleicher Linie mit der Gesamtheit oder mit Gruppen der Arbeitgebervertreter der Verständigung die Wege zu bereiten versucht. Die Verhandlungen über die Schlichtungsordnung, das Arbeitsnachweisesgesetz, die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitszeitgesetze im Reichswirtschaftsrat geben davon Zeugnis.

Der solcher Lage der Dinge hat die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung Beweise nicht zu erbringen, sondern, wenn man sie mit internationalen Klassenkampforganisationen in einen Topf tun will, zu fordern. Ich greife die hauptsächlichsten sozialpolitischen Gesamtmeinungen des Borjigschen Artikels heraus.

Auf unentwegtes Drängen der Arbeitgeberchaft hätten die Gewerkschaften die Arbeitsarbeit wieder aufgenommen. Dem Verfasser mag in den Arbeiterverhältnissen seines Berliner Wohnortes entgegen sein, daß der Christliche Metallarbeiterverband, der Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter, der Zentralverband christlicher Textilarbeiter usw., dazu keines Drängens bedürften, sondern überall dort, wo deren Einfluß ausreichte, besonders im Westen, unter selbstverständlicher Förderung angemessener Lohnregelungen, hier jederzeit die Hand geboten haben. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter hat sogar die außenpolitisch

## Die Aussichten für die Julikonferenz Vorbereitung der Konferenz

London, 30. Juni. „Daily Telegraph“ bezeichnet die Gerüchte über eine wahrscheinliche Verschiebung der für den 16. Juli nach London einberufenen Konferenz als unbegründet. Die eingeladenen auswärtigen Gäste würden während der Konferenzperiode Gäste der britischen Regierung sein. Der genaue Status der Vertretung der europäischen Regierungen, die an der Konferenz teilnehmen, werde erörtert. Von mancher Seite wurde angeregt, daß die Londoner Gesandten dieser Mächte, unterstützt von Sachverständigen, die der Reparationskommission angegliedert sind, die Interessen dieser Mächte in angemessener Weise vertreten. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß in jedem Falle ein Kabinettsminister, sei es Premierminister, Außenminister oder Finanzminister, als Bevollmächtigter seiner Regierung zugegen sein soll.

Die Einberufung der Konferenz für den 16. Juli würde eine Befestigung der vier wichtigsten technischen Punkte notwendig machen, in welchen die Einzelheiten des Dawesplanes sich in Vorbereitung befinden. Der Bericht über die Bahnen werde unvermeidlich die Frage berühren, ob irgendwelche Seite der gegenwärtigen Regie für das rheinisch-westfälische System in der Bürgschaft für die Besetzungstreitkräfte beibehalten werden soll, oder ob diese Beibehaltung in Widerspruch zu den Annehmlichkeiten des Dawesauschlusses stehen würde und ob die betreffenden Klauseln der Rheinlands-konvention nicht allen Erfordernissen des alliierten Oberbefehls Genüge tun würden.

Es ist nach Ansicht des Berichtes schon aus finanziellen Gründen unvermeidlich, daß die Frage der sorgfältigen militärischen Besetzung des Ruhrgebietes im Zusammenhange mit dem Dawesplan aufgeworfen wird, weil Dawes und seine Mittelschlichter die Auffassung niedergelegt haben, daß die in ihrem Plane vorgesehenen Garantien der Annuitäten alle Vertragskosten einschließen sollen, so daß die Besetzungskosten auf ein Mindestmaß beschränkt werden müßten.

Paris, 30. Juni. Nach einer Meldung der „Ere Nouvelle“ wird sich die belgische Delegation auf der Londoner Konferenz aus dem Ministerpräsidenten Theunis, dem Außenminister Symans, ihrem Kabinettssekretär, dem zweiten belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Guitt, und dem Leiter der belgischen Kommission im Ruhrgebiet, Gennecart, zusammensetzen.

London, 30. Juni. Der stets gutunterrichtete Korrespondent des „Observer“ bestätigt, daß zu dem am 16. Juli in London stattfindenden Konferenz auch deutsche Vertreter zugezogen werden sollen, nicht, um wieder ein Diktat wie in Versailles zu erhalten, sondern um an der Frage mit-zuhelfen.

Paris, 30. Juni. (Drahtbericht.) Augenblicklich finden, wie verlautet, Verhandlungen zwischen London, Paris und Brüssel statt, um festzustellen, in welchem Maße die Mächte der Kleinen Entente an der Londoner Konferenz teilnehmen sollen. Diese Mächte zerfallen in zwei Gruppen: Jugoslawien, Rumänien, Portugal einerseits, haben einen

und volkswirtschaftlich gebotene Aufrechterhaltung der Arbeitsarbeit gegen Bestrebungen nach deren Beilegung im Verzuge in einer Stunde verteiligt, als in manchen Gewerkschaften die deutschen Unternehmer ihre beim Umsturz verlorengegangenen Reizen noch nicht wieder beisammen hatten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekämpft überhaupt keine anständig bezahlte Arbeitsarbeit, solange sie Gesundheit und gute Sitten und die Achtung vor dem Menschen im Arbeiter wahr.

Gewerkschaften vertritt er einen schematischen Achtstundentag. Seine Stellung zur Dauer der Arbeit richtet sich grundsätzlich nach beruflichen und sanitären Gesichtspunkten. Was ihm hernach beispielsweise für Bergarbeiter in heißen oder kalten Gruben und für Feuerarbeiter zuzulassen erscheint, das kann in leichten und leichteren Berufen überschritten werden. Ihn hindert auch nichts, anzuerkennen, daß für manche einfachen Arbeitsprozesse mehr Arbeitszeit, wenn nicht prozentual mehr, so doch verhältnismäßig mehr Arbeitsergebnis bedeutet. Man sieht, Herrn von Borjigs Wunsch, sich wenigstens auf diesen allgemeinen Satz zu einigen, ist für die christlich-nationalen Gewerkschaften erfüllbar. Immerhin sollte er die technische Rückständigkeit mancher Betriebe nicht damit bestreiten, daß er entwirft sagt, welcher Unternehmer sich denn heute noch den Luxus unproduktiver Arbeit leisten könne. Gewiß, heute möchte wohl mancher zurückgebliebene Betrieb die technische Verbesserung nachholen, welche ihm die Geldflüssigkeit der Inflationsjahre gestattet hätte, heute, wo Kreditnot und wachsende Absatzschwierigkeiten im Wege stehen. Damals jedoch entzog ihm das Kartell, welches die Preise nach den schwächsten und rückständigsten Mitgliedsbetrieben kalkuliert, einem solchen Zwange. Das verweigerte Festhalten am schädlichen Kartellgedanken ist gegenwärtig noch eines der auf die Dauer allerdings untauglichen Mittel zur Hochhaltung der Preise.

Der Artikel rebet viel von Schematismus: Schematische Arbeitszeit, schematische Tarifverträge, schematisches Schlichtungsverfahren usw. sind seine Beschwöden. Daß auf's Herz! Wer stemmt sich gegen die Vermählungen einseitiger Gewerkschaftsführer, die Tarifverträge in der Richtung differenzierter Leistungs-löhne fortzuentwickeln? Wer schematisiert heute, oft aus Totalitarismus und reiner Machtprobe die Arbeitszeitverlängerung? Das sind die Arbeitgeberverbände!

Der Artikel macht sich an anderer Stelle die Behauptung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ zu eigen, die deutschen Bauarbeitergewerkschaften sabotieren den deutschen Bauprodukt durch Förderung der Abwanderung reichsdeutscher Bauarbeiter in die

mehr oder weniger großen Anspruch auf Reparationszahlungen, die Tschechoslowakei und Polen andererseits haben als Nachfolgestaaten der Mittelmächte selbst einen Teil der Reparationsverpflichtungen zu tragen. Die Mächte beider Gruppen sollen gebeten werden, sich durch ihre ständigen Londoner Vertreter an der Konferenz zu beteiligen.

## Fortsetzung der Wilmverhandlungen

Berlin, 30. Juni. Die Vertreter des Ruhrbergbaues haben Sonntag in der Frage der Wilmverträge mit einer kurzen Unterbrechung von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends mit der Reichsregierung verhandelt. Auf Grund der ihnen erteilten Instruktionen werden die Verhandlungen mit der Wilm in Düsseldorf heute wieder aufgenommen.

Paris, 30. Juni. Das Außenministerium erklärte, entgegen den Mitteilungen gewisser Blätter, es habe zwischen der französischen und belgischen Regierung dauernd völliges Einvernehmen in der Frage der Erneuerung der Wilmverträge geherrscht und es seien von beiden Regierungen die gleichen Instruktionen an ihre Vertreter in Düsseldorf ergangen.

## Die Ruhrkredite

Paris, 30. Juni. Die französische Kammer hat am Sonntagabend die Ruhrkredite bewilligt. Diese Abstimmung wird von der Presse lebhaft erörtert. — Im „Ceuvre“ ergreift der sozialistische Abgeordnete Alexandre Varenne, der sich als Vorsitzender der Abstimmung enthalten mußte, das Wort. Er schreibt: Wir wußten wohl, daß an einem sehr nahe liegenden Tage die Frage der Ruhrkredite und sogar der Kredite für das Ruhrunternehmen aufgeworfen werden würde. Diese Abstimmung gehört zu den Verpflichtungen einer Mehrheit. Wenn man die Frage nicht lösen wollte, hätte man sich nicht verpflichten dürfen. Wir haben die Ruhrpolitik bekämpft, und nun müssen wir durch unsere Stimmzettel, wenigstens provisorisch, die Aufrechterhaltung der Besetzung unterstützen, während diese „verdammten Kommunisten“ sich den Luxus einer formellen Ablehnung gestatten konnten.

„Petit Journal“ schreibt: Da die Opposition durch den Abgeordneten Bohanowski ankündigt, daß sie für die Ruhrkredite eine Erzahl-Majorität stellen werde, und da Derricot sich vom ersten Tag an geweigert hat, eine solche anzunehmen, hat er alle Mitglieder des Vorkomitees aufgerufen und die Vertrauensfrage gestellt. Die Sozialisten, die einen Augenblick verzweifelt schienen, haben sich bei dieser Abstimmung gefeilt.

## Elbsaß-Lothringen

Paris, 30. Juni. Der „Tempo“ meldet, daß die Regierung in aller Kürze einen Gesetzentwurf in der Kammer einbringen werde, der an Stelle des elbsaß-lothringischen Generalkommissariats eine Generaldirektion vorsehe, an deren Spitze voraussichtlich der Rektor der Straßburger Universität, Charlety, stehen werde.

Schweiz und nach Österreich. Der Christliche Bauarbeiterverband weiß davon nichts. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist im Gegenteil bemüht, keine Mitglieder ständig über die Schweizrigkeiten der Auswanderung zu belehren und dem Vaterlande insbesondere die geleerten Arbeitskräfte zu erhalten.

Leicht macht sich Herr von Borjig die Beurteilung des letzten Kampfes im Ruhrbergbau, der durch passive Weigerung und Vertragsbruch der Arbeiter verursacht worden sei. Keine uneheliche Zeit vergiftet schnell. Daher sei daran erinnert, daß das letzte Glied in der Kette der Auslöschung eines Wanges gegenübersteht, der im Herbst des vorigen Jahres in dem gewalttätigen Bruch geltender Reichsgesetze und vereinbarter Tarifverträge durch die Unternehmer bestand. Und wie steht es mit den Hochlohnarbeitern im Ruhrgebiet, denen die Arbeitgeberzeit mehr als einem halben Jahre die pflichtmäßige, von ihnen selbst anerkannte Arbeitsregelung bis jetzt schuldig geblieben sind? Zwölf Stunden Feuerarbeit und nur wenige freie Sonntage im Jahre — ich fürchte, Herr von Borjig bräute bei keiner betont wirtschaftlichen Einstellung zu den Dingen des Lebens vielleicht in ähnlicher Lage die feilsche Widerstandskraft der christlichen Gewerkschaftsmitglieder nicht auf. Wenn hier nicht Abhilfe erfolgt, so kann niemand dafür einstehen, daß angehäufte Erbitterung nicht abermals sich entlädt.

Aus freigewerkschaftlich-sozialistischer Quelle zitiert Herr von Borjig, ohne die Quelle klar erkennbar zu machen, Urteilen über den Vorkampf, den das deutsche Vorkomitee dem internationalen Kampf um den Achtstundentag zu leisten habe. Die christlich-nationalen Gewerkschaften haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß keines ihrer Ziele internationale Erzwängungen nationalen Rücklichts voraussetzt. Sie müssen daher eine derartige Plänenverwendung gegen „die Gewerkschaften“ nachdrücklich ablehnen.

Schließlich beklagt sich der Verfasser über die „Schematisierung der Tarif- und Schlichtungspolitik“. Sie wirke „wie eine Produktionsdroffselung, wie eine unnatürliche Überbeanspruchung organisatorischen Einflusses auf wirtschaftliche und individuelle Verhältnisse. Können und die deutschen Gewerkschaften nach all den eingehenden Auseinandersetzungen... keine andere Antwort geben als die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Ich frage ausdrücklich: „Stehen die deutschen Gewerkschaften, steht vor allem auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hinter dieser Interpellation...“ Ich frage dagegen: Was berechtigt den Führer der Arbeitgeberverbände, Geheimrat v. Borjig, zu dieser summarischen Anrede an die